



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 05.05.09

Punktlandung: Bundesrechnungshof legt kritischen Bericht zur Fehmarnbeltquerung zwei Tage vor Anhörung in Berlin vor

Kostenrisiko des Steuerzahlers und mangelnde Transparenz gegenüber dem Parlament bei Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung kritisiert

Im Anhang finden Sie die Stellungnahme des Bundesrechnungshofs mit der Drucksachennummer 385 vom 4. Mai 2009 und ein Foto zu Ihrer freien Verfügung

Passgenau vor der morgigen Anhörung zur Fehmarnbeltquerung im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hat der Bundesrechnungshof (BRH) einen brisanten Prüfbericht vorgelegt. Dass 22 Seiten starke Papier geht zurück auf eine Initiative der ostholsteinischen Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn (SPD), die als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss bereits am 30. März 2007 einen Bericht zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit gefordert hatte, dem sich der Rechnungsprüfungsausschuss am 12. Dezember 2007 ausdrücklich in Gänze angeschlossen hatte. Hagedorn: "Die erheblichen Zweifel, die insbesondere nach dem Rückzug der Wirtschaft aus der Risikohaftung des Mammutprojekts auf der Investorenkonferenz im September 2006 an der Wirtschaftlichkeit geäußert wurden, wurden mit dem nun vorliegenden Bericht eindrucksvoll untermauert. Mit der Vorlage des Berichts durch den BRH am 4. Mai vollzieht der Hof eine absolute Punktlandung – die Ergebnisse werden bei der Anhörung im Verkehrsausschuss am 6. Mai und in der Debatte des mitberatenden Haushaltsausschusses mit Sicherheit noch eine Rolle spielen. Insbesondere vor dem Hintergrund täglich neuer Zusatzforderungen der Wirtschaft und des Kieler Wirtschaftsministers nach kostenträchtigen Trassenverlegungen, auf denen die Züge statt 160 km/h 220 km/h

fahren können sollen, sowie eines weiteren Brückenbaus oder einer Untertunnelung des Fehmarnsunds birgt dieser Bericht reichlich 'Sprengstoff'."

Konkret hat der Rechnungshof den im September 2008 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark geprüft und resümiert u.a.: "Obwohl die Kosten für die Feste Verbindung als solche nach dem Staatsvertrag allein von Dänemark zu tragen sind, birgt dieser Vertrag erhebliche Unsicherheiten für künftige Bundeshaushalte. So enthält er Klauseln, welche die Vertragsparteien unter nur unpräzise formulierten Voraussetzungen zu Nachverhandlungen – auch über die Kostentragung – verpflichtet." Auch die Streckenplanung für Straße und Schiene war Gegenstand der Prüfung. Mit der Planung der Schienenhinterlandanbindung sei (Anm.: im Juni 2008) viel zu spät begonnen worden: "Ohne eine Festlegung der genauen Streckenführung und der zugehörigen Kosten geht der Bund durch den unterzeichneten Staatsvertrag nicht kalkulierte Verpflichtungen ein." Darüber hinaus fehlt eine verbindliche Vereinbarung mit der Deutschen Bahn über den Ausbau der Hinterlandanbindung: "Der Bund verpflichtet sich im Staatsvertrag zum Ausbau der Hinterlandanbindung, ohne dass die DB Netz AG an den Staatsvertrag oder in einer Finanzierungsvereinbarung an dessen Ziele gebunden ist. Deshalb ist zu befürchten, dass die DB Netz AG aufgrund ihres geringen Eigeninteresses künftig weitere finanzielle Zugeständnisse vom Bund einfordern wird."

Auch die Einbindung des Parlaments, das abschließend über den Vertrag abstimmen muss, sieht der Bericht als nicht ausreichend gegeben: "Der Bundesrechnungshof hält die Art der Darstellung der Kosten gegenüber dem Parlament für nicht angemessen. Diese Vorgehensweise des Bundesministeriums (Anm.: für Verkehr) wird weder der Bedeutung dieses internationalen Vorhabens noch dem Anspruch an eine transparente Information des Gesetzgebers gerecht."

Bereits im Oktober 2008 hatte sich auch der Präsident des Bundesrechnungshofs in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung kritisch zum Gesetzentwurf geäußert. Unter anderem wies er darauf hin, dass das Verkehrsministerium selbst für Großprojekte Kostensteigerungen von

60% bis 100% in den letzten drei Jahren festgestellt hat. Die der Kostenkalkulation für die Feste Fehmarnbeltquerung zugrunde liegenden Zahlen stammen aber aus dem Jahr 2002. "Somit ist eine deutliche Steigerung der Kosten für die Feste Verbindung zu erwarten. Darüber hinaus sind die zugrunde gelegten Verkehrsprognosen zu optimistisch und eine Konkurrenz durch Fährverkehr ist (Anm.: im Gegensatz zur kalkulierten Verkehrsprognose) nicht ausgeschlossen."

Bettina Hagedorns Fazit: "Als Haushälterin kann ich mich all diesen Kritikpunkten uneingeschränkt anschließen. Vor diesem Hintergrund kann das Parlament eigentlich seine Zustimmung zum vorliegenden Staatsvertrag vor der Sommerpause nicht mehr geben. Sollte die Regierung an diesem Abstimmungszeitplan festhalten, kann ich als Mitglied im Haushaltsausschuss nur mit Nein stimmen. Neben den zahlreichen anderen Gefahren für die Schiffsicherheit, Arbeitsplätze im Tourismus und die Umwelt birgt das Vorhaben Feste Beltquerung enorme haushalterische Risiken, derer sich die Abgeordneten unbedingt bewusst sein müssen. Ich hoffe sehr, dass die morgige Anhörung die Kritiker des Projekts mit ihren berechtigten und unwiderlegten Bedenken weiter stärken wird."

Auf Einladung Hagedorns kommen zur Anhörung 11 engagierte Vertreter der Region, insbesondere von Fehmarn selbst – dazu gehört auch der Bürgermeister, die Betriebsratsvorsitzenden von Scandlines, Vertreter des Nautischen Vereins, der Umweltverbände und – natürlich – der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Auch der Chefredakteur des Fehmarnschen Tageblatts wird als offiziell akkreditierter Journalist in Berlin vor Ort sein und von der Anhörung berichten.

Foto v.l.n.r.: Bernd Friedrichs (Scandlines Betriebsrat), Malte Siegert (NABU), Hans-Joachim Hacker, MdB (Berichterstatter im Verkehrsausschuss), Stefan Bolln (SPD-Landesvorstand u. Vorst. Umweltforum S.-H.), Bettina Hagedorn, Gunner Mehnert (Stadtvertreter Burg) und Frank-Michael Havemann (Scandlines) beim Besuch von Hans-Joachim Hacker am 23.2.09 auf Fehmarn.